

Koalitionsvereinbarung

über die Zusammenarbeit im Stadtbezirk Bochum Südwest

für die Wahlperiode 2020 bis 2025

zwischen den Parteien

SPD

Stadtbezirk Bochum Südwest



Bündnis 90/Die Grünen

Ortsverband Bochum Südwest



Präambel

Vielfalt macht unsere Stärke aus

Der Bochumer Südwesten ist Heimat für Viele. Auch für diejenigen, die Schutz und Hilfe in Deutschland gesucht haben. Sie haben ihre Heimat und damit neue Nachbarn und Freunde bei uns im Südwesten der Stadt gefunden.

Der Bochumer Südwesten ist schon lange Heimat für Junge und Alte, für Familien und Alleinstehende, für Menschen verschiedener Religionsgemeinschaften oder ohne Glaubenszugehörigkeit, für Alteingesessene und Neuzugezogene. Das zeichnet unseren Stadtbezirk aus. Unsere Arbeit in den nächsten Jahren werden wir darauf ausrichten, dass dies auch so bleibt.

Hier zählt das WIR! Solidarität und gegenseitige Hilfe in krisenhaften Zeiten und auch im Alltag. Die Bürger*innen im Bochumer Südwesten standen und stehen stets für einen vielfältigen und toleranten Stadtbezirk Bochum-Südwest ein.

Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Intoleranz, Respektlosigkeit, Hetze und Gewalt haben bei uns im Südwesten keinen Platz. Wir verurteilen dieses Verhalten und eine Politik, die auf dieser falschen Überzeugung beruht aufs Schärfste.

I. Grundsätze der Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit beider Fraktionen ist seit mehr als 20 Jahren von Toleranz und Verlässlichkeit geprägt. Dies soll im Sinne einer erfolgreichen Fortsetzung auch so bleiben. Grundlage für die Koalition sind die auf Ratsebene vereinbarten Kriterien zur Zusammenarbeit für die Wahlperiode zwischen der SPD und Grünen.

Kontakt zu Bürgern und Bürgerinnen

Bezirksvertretungen sind in besonderer Weise geeignet, das Scharnier zwischen Verwaltung und Bürger*innen zu bilden. Bürgernahe Kommunalpolitik und der unmittelbare Kontakt insbesondere zwischen Mandatsträger*innen und Bürger*innen sind das Markenzeichen der Arbeit der Bezirksvertretungen. Hier erleben Bürger*innen kommunalpolitisches Handeln sehr unmittelbar und direkt.

Bürger*innen sind in politische Entscheidungen einzubinden. Dazu gehören Bürgerinformationen in Form von Versammlungen und Anhörungen. Bürger*innen und Initiativen wollen wir mit zusätzlichen Beteiligungsmöglichkeiten bei unseren Entscheidungen berücksichtigen. Die Möglichkeiten des Internets sollen intensiv genutzt werden ohne analoge Wege zu vernachlässigen.

Ziel der Zusammenarbeit im Stadtbezirk Südwest ist auch die Förderung und Stärkung von Projekten für Menschen im Bezirk, insbesondere in den Bereichen Umwelt und Verkehr, Schule und Kinder, Jugendliche und Senioren*innen sowie Freizeit und Sport.

Die Menschen sind in Vereinen, Verbänden, Kirchen und Werbegemeinschaften aktiv und tragen auf diesem Wege zur hohen Lebensqualität im Südwesten bei. Die Koalition hat und wird sich hier als ein verlässlicher Partner erweisen. In der Bezirksvertretung setzt sich die Koalition für eine finanzielle Unterstützung und gezielte Förderung dieser Strukturen ein. Eine unserer Leitlinien ist es, das Miteinander aller Generationen und die Vielfalt der Gesellschaft zu fördern. Der neu geschaffene Bürgerfonds ist hier eine gute Unterstützungsmöglichkeit.

Die Aufgaben im Bezirk bilden die direkte Schnittstelle zwischen Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und den Bürger*innen. Das Bürgerbüro in Weitmar ist das Herzstück einer bürgernahen Verwaltung und bleibt auch in einer zunehmend digitalisierten Stadtverwaltung eine wichtige Anlaufstelle für Bürger*innen. Dies hat das Pandemie-Geschehen im Frühjahr/Sommer 2020 sehr eindrucksvoll bewiesen.

Bezirksverwaltungsstellen müssen barrierefrei erreichbar sein. Dort, wo das noch nicht der Fall ist, sollen möglichst Zugänge auch über Außenaufzüge errichtet werden.

Die Koalitionspartner verständigen sich im Sinne einer zukunftsorientierten, sozial und ökologisch orientierten Politik, die Stadtentwicklung auf der bezirklichen Ebene mit zu gestalten und im Sinne einer bürgerorientierten Politik konkrete und konstruktive Projektvorhaben umzusetzen. Mit dieser projektorientierten Arbeitsweise sollen neue Vorhaben für den Stadtbezirk umgesetzt werden, die für die Bürger*innen auch konkret nachvollziehbar sind.

Zusammenarbeit mit dem Rat

Die Haushaltslage der Stadt Bochum ist bei allen Entscheidungen stets im Blick zu behalten. Zwar konnte durch unsere langjährige kommunalpolitische Zusammenarbeit im Rat und im Bezirk der kommunale Haushalt in einem belastbaren Zustand gehalten werden, Bund und Land weisen den Städten allerdings nach wie vor Pflichtaufgaben zu, ohne für einen adäquaten Ausgleich der finanziellen Belastungen zu sorgen. Wir fordern in Sinne des Konnexitätsprinzips, dass Aufgabenübertragungen durch Bund und Land von Anfang an auf einer soliden Finanzierungsgrundlage basieren und nicht erst im Nachgang der übertragenen Aufgaben. Das gilt insbesondere auch für die durch die Corona-Pandemie entstehenden langfristigen Kosten.

Kommunale Selbstverwaltung hängt immer ganz wesentlich von der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen ab. Wir begrüßen daher die Forderung nach einer Alt-schuldenregelung.

Wir unterstützen mit der rot-grünen Koalition im Südwesten für die Stadt Bochum einen ausgeglichenen Haushalt. Hierfür erforderliche Sparmaßnahmen finden da ihre Grenzen, wo gewachsene Strukturen zerstört werden, die für das soziale, kulturelle und bürgerschaftliche Wohl der Bochumer und Bochumerinnen unabdingbar sind. Dies war und bleibt im Bochumer Südwesten richtig und wichtig.

Um dem stetig gewachsenen Ansehen der Bezirke in der Bürgerschaft und den damit verbundenen Erwartungshaltungen an die Bezirke gerecht zu werden, sind die Bezirksvertretungen zukünftig in allen Angelegenheiten, die den Stadtbezirk berühren, anzuhören. Gerade bei Maßnahmen von gesamtstädtischem Interesse und allgemeiner Bedeutung, die nicht in die Zuständigkeit der Bezirke fallen, ist es aus unserer Sicht zwingend, die Bezirksvertretungen frühzeitig zu informieren und sie mindestens so zu beteiligen. Gegebenenfalls auch in nichtöffentlichen Sitzungen.

Die Hauptsatzung der Stadt Bochum, die in ihrer Anlage 2, Punkt 1.2 im Zusammenhang mit den Zuständigkeiten der Bezirksvertretungen von „wichtigen“ Angelegenheiten spricht, ist entsprechend zu ändern, und die bezirklichen Zuständigkeiten sind zu erweitern. Dabei erkennen wir selbstverständlich und grundsätzlich an, dass alle Geschäfte der laufenden Verwaltung, Geschäfte der laufenden Verwaltung bleiben, oder der Rat oder die Ausschüsse in den jeweiligen Themen Beschlussgremium sind.

Sollten aufgrund von außergewöhnlichen Situationen und Ereignissen in den Stadtbezirken Sofortmaßnahmen durch den Rat oder im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung beschlossen werden müssen, so ist umgehend der Bezirksältestenrat zu informieren, um die rasche bezirkliche Beteiligung sicherzustellen.

Zusammenarbeit mit der Verwaltung

Wir erwarten, dass den Bezirksvertretungen nach einer erfolgten Bürgerbeteiligung die Ergebnisse der Beteiligung, einschließlich der fachlichen Bewertungen und Begründungen der Verwaltung, als Synopse für die bezirkliche Auswertung und abschließenden Meinungsbildung und Entscheidung zur Verfügung gestellt werden.

Dort, wo heute Schnittstellen-, Kompetenz- sowie Zuständigkeitsabgrenzungen zu operativen Problemen führen, sollen die Zuständigkeiten künftig gebündelt werden, um so Entscheidungen aus einer Hand zu ermöglichen. Am Beispiel der Pflege des Straßenbegleitgrüns oder der unterschiedlichen Behandlung von gewidmeten und nicht gewidmeten Flächen wird diese Schnittstellenproblematik sehr deutlich und nachvollziehbar.

Darüber hinaus schlagen wir vor, auch weitere städtische Aufgaben dezentral in vorhandenen städtischen Liegenschaften wahrzunehmen, wo immer dies möglich und sinnvoll ist. So können Gebäude in ihrer Substanz erhalten, zusätzliche Mietkosten eingespart und städtische Liegenschaften mit Leben gefüllt werden. Außerdem können so Serviceleistungen und Präventivaufgaben (z.B. aus den Bereichen Straßen- und Tiefbau; Grünpflege; Friedhof) dezentral vor Ort in den Bezirksverwaltungsstellen angesiedelt werden. Selbstverständlich setzt das eine entsprechende, aufgabenbezogene personelle Ausstattung voraus.

Die zeitgemäße Gremienarbeit der gewählten Mandatsträger*innen muss - nicht nur in Pandemie-Zeiten - aufrechterhalten und als ehrenamtliche kommunalpolitische Tätigkeit neben dem Beruf ermöglicht und bestmöglich unterstützt werden. Hierfür hat die Verwaltung dauerhaft die Voraussetzungen digital und personell in den Bezirken vorzusehen. Die ehrenamtlichen Mandatsträger*innen in den Bezirken sind daher im gleichen Umfang wie die Ratsmitglieder mit leistungsfähigen digitalen Endgeräten auszustatten, damit sie im Rahmen der papierarmen kommunalpolitischen Arbeit, ihr Mandat entsprechend wahrnehmen können.

Präsenzsitzungen sind aus vielerlei Gründen für die Arbeit der Bezirksvertretungen, aber auch für die Arbeit der Fraktionen und Gruppen in den Bezirksvertretungen neben Video- und Schaltkonferenzen auch in Pandemiezeiten unabdingbar. Für die Video- und Schaltkonferenzen sind entsprechende technische Voraussetzungen zu schaffen. Für die notwendigen Hygiene- und Sicherheitsabstände bei Präsenzsitzungen sind die Bezirksverwaltungsstellen und/oder die bisherigen Sitzungsräume nicht wirklich geeignet. Daher ist die Raumfrage für die Bezirksvertretung dauerhaft zu klären und

sicherzustellen. Bürgernahe Kommunalpolitik darf nicht an der Frage der Verfügbarkeit von Raumkapazitäten scheitern.

Unsere gemeinsamen kommunalpolitischen Grundüberzeugungen und handlungsleitenden Ziele konkretisieren wir mit den nachfolgenden Eckpunkten für die Wahlperiode 2020 – 2025. Bei geänderten Rahmenbedingungen werden wir diese überprüfen und anpassen und gemeinsam weiterentwickeln müssen.

II. Stadtentwicklung und Mobilität

Mit dem Ausbau des Radwegenetzes und des Angebots des ÖPNV setzen wir auf den Umweltverbund. Nachdem mit dem Netz 2020 vorhandene Lücken im Fahrplan durch kürzere Taktzeiten, neue Direktverbindungen und zusätzliche Haltestellen weiter geschlossen wurden, besteht Nachholbedarf bei der Barrierefreiheit von Haltestellen, um allen Nutzer*innen den Zugang zu Bus und Bahn zu erleichtern.

Die Koalition setzt sich daher für den Ausbau von barrierefreien Haltestellen, insbesondere auf den Straßenbahnlinien 308/318 und den ÖPNV-Knotenpunkten (Weitmar-Mitte und Linden-Mitte) und Attraktivitätssteigerungen durch den Ausbau der elektronischen Echtzeitanzeigen ein. Im Sinne der Daseinsvorsorge fordern wir ein einfaches und bezahlbares Tarifsysteem.

Die Förderung des Radverkehrs ist praktizierter Umwelt- und Klimaschutz und verbessert die Nahmobilität. Daher fordern wir den forcierten Ausbau von sicheren Radwegen (z.B. als durchgehender Radweg auf der City-Radiale Hattinger Straße). Verleihsysteme müssen im Stadtbezirk Bochum-Südwest insbesondere in den Stadtteilzentren und an den Verkehrsknotenpunkten verfügbar sein; dies gilt auch für Lasten-E-Bikes. Die Möglichkeiten Fahrräder abzustellen, müssen an den Bedarf angepasst werden.

Da wo Parkplätze im öffentlichen Raum entfallen, müssen wir möglicherweise über Ersatz an anderer Stelle nachdenken. Wir werden die Verwaltung auffordern, die Machbarkeit sog. „Quartiersgaragen“ oder eine entsprechende „Fremdnutzungssatzung“ zu prüfen. Uns ist wichtig, die Bürger*innen in dieser Frage mitzunehmen.

Verkehrsknotenpunkte, wie z. B. die Anbindung der Wasserstraße an die Hattinger Straße wollen wir optimieren. Insgesamt werden wir dafür Sorge tragen, dass wichtige Verkehrsknoten- und/oder Unfallschwerpunkte -auch aus Sicht der Fußgänger- entschärft werden und dort, wo es sinnvoll ist, Kreisverkehre entstehen.

Unsere umfangreichen Grün- und Waldflächen, Kinderspielplätze und Ruhezeiten im Stadtbezirk Südwest dienen Menschen als Orte der Entspannung, des Spaßes, der Kommunikation und des Sports. Wir werden sie erhalten, pflegen und vernetzen.

Wohnraum muss für alle Generationen attraktiv und bezahlbar sein. Hierbei spielt auch das selbstbestimmte Wohnen älterer oder hilfebedürftiger Menschen eine große Rolle. Wohnraum schaffen und Natur schützen sind für uns keine Gegensätzlichkeit. Die gesamtstädtische Entwicklung von Wohnraum werden wir bei den Entscheidungen im Südwesten berücksichtigen.

III. Umwelt und Klimaschutz

Wir machen eine solide Politik für den Klima- und Umweltschutz. Beide Parteien sind einer aktivierenden Klimapolitik verpflichtet. Für uns bleibt wichtig, bei politischen Entscheidungen immer den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Mensch und Natur müssen in Einklang stehen.

Der Klimawandel ist kein Problem der fernen Zukunft. Er ist längst da und betrifft uns alle. Dachbegrünung, Baumpflanzungen und Entsiegelung von Flächen sollen Ansporn sein, die klimaresiliente Gestaltung des Stadtbezirks in Angriff zu nehmen. Der Ausbau der Blauen und Grünen Infrastruktur war unser Thema der vergangenen Jahre und wird es auch weiterhin bleiben.

Wir setzen uns im Stadtbezirk für einen aktiven Klimaschutz ein. Wir unterstützen daher weiter Energiesparmaßnahmen an und in öffentlichen Gebäuden und werden innovative Projekte wie z.B. Bürgersolaranlagen auf öffentlichen Gebäuden unter Beteiligung privatwirtschaftlicher Kooperationspartner auf den Weg bringen. Wir wollen die

Potenziale der Dachbegrünung und Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen konsequent nutzen.

Um das ökologische Gleichgewicht zu erhalten und dem Klimawandel Rechnung zu tragen, werden wir vorhandene Grünzüge erhalten und bei der Entwicklung neuer Wohngebiete auf die Schonung von Freiflächen achten. Das gilt insbesondere um einen Luftaustausch der Klimazonen im Stadtgebiet zu gewährleisten.

Den erfolgreichen Einsatz für den Erhalt der biologischen Vielfalt durch die Aussaat/Pflanzung von Blühwiesen und Insektenweiden wollen wir fortsetzen und ausbauen. Und wir gehen weiter: die Anpflanzung von Klimahecken und Sträuchern entlang unserer City-Radialen werden wir prüfen.

Wir sind offen für Neues: Die Entsiegelung von „Altlasten“ (auch Schulhöfe), die Anlage von Streuobstwiesen oder ähnliche Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung von Flächen sehen wir als prüfungswürdige Alternativen zu „klassischen Aufforstungen“ beispielsweise im Zuge von Eingriffs-Ausgleichsregelungen.

Die klimaregulierende Funktion von innerstädtischen Wald-, Grün- und Freiflächen gewinnt vor dem Hintergrund des voranschreitenden Klimawandels stetig an Bedeutung. Gleichzeitig dienen diese Flächen auch der Gesundheitsförderung der Bürger*innen. Wir setzen uns für den Erhalt und die Entwicklung attraktiver Natur- und Erholungsräume ein: Dazu zählt die Sicherung des Wildgeheges im Weitmarer Holz und das Naturschutzgebiet Hörsterholz ebenso wie die Realisierung der Idee des „Klimaparks Springorum“. Projekte zu Urban Gardening, naturnahen Gärten und zum Artenschutz werden wir unterstützen.

IV. Stadtteilzentren und Arbeitsplätze

Die freie, an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientierte Zugänglichkeit öffentlicher Park- und Grünflächen, insbesondere des Schlossparks in Weitmar, bleibt unverzichtbar. Zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität streben wir die Aufwertung öffentlicher Wege und Plätze an; hierbei hat Barrierefreiheit einen hohen Stellenwert.

Durch die Stärkung der Stadtteilzentren haben wir ortsnahe Arbeitsplätze gesichert. Gleiches gilt für die Gewerbegebiete im Stadtbezirk. Weiteren Ansiedlungen von Betrieben stehen wir positiv gegenüber! Wir setzen uns dafür ein, dass Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe im Südwesten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Weiterentwicklung und Stärkung der Stadtteilzentren ein. In den Grenzen des Masterplans Einzelhandel stärken wir die Stadtteilzentren und deswegen bleiben Investoren willkommen. Die erfolgreichen Ansätze des Stadtteilmarketings müssen fortgesetzt und intensiviert werden.

Wir wollen Räume der Begegnung (Gute Stuben) in allen Stadtteilen schaffen und treten dafür ein, Plätze und Grünflächen wie den ehemaligen Brunnen am Pfarrer-Halbe-Platz und den Wilhelm-Hopmann-Platz in Linden behutsam aufzuwerten, um die Lebensqualität unserer Stadtteilzentren wo immer möglich zu erhalten und zu steigern und von allen Generationen nutzbare Plätze als zentrale Treffpunkte zu schaffen.

Wir wollen in den Stadtteilzentren und an anderen Orten öffentliches, kostenloses und werbefreies WLAN fördern, wo möglich in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen und Werbegemeinschaften. Die Nutzung des Internets darf nicht an zu wenig Geld scheitern.

V. Bildung für alle

Unseren Stadtbezirk zeichnet ein vielfältiges Bildungsangebot für alle Generationen aus, das erhalten und weiter ausgebaut werden muss. Schon im Kindergarten wird durch gute frühe Bildung das Fundament für eine erfolgreiche Schullaufbahn gelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass genügend Betreuungsplätze in Kindertagesstätten zur Verfügung stehen. Die Betreuung von Schulkindern im Ganztage ist wichtig für die Chancengleichheit - Ganztagsangebote an den Grundschulen sollen ausgebaut werden, räumlich und qualitativ. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig Digitalisierung im Schulalltag ist; der Digitalpakt Schule darf aber nicht erst in den

weiterführenden Schulen ansetzen, sondern auch die Grundschulen müssen kurzfristig „ans Netz“.

Wir unterstützen weiterhin die – digitale- Neuausrichtung der Stadtteilbücherei und den VHS Kurs zur Stadtteilgeschichte sowie die dezentralen Angebote der VHS Bochum und weiterer Bildungsträger.

Unsere Idee von attraktiven und inklusiven Kinder- und Jugendspielplätzen sowie Maßnahmen der Schulhofgestaltung werden wir verwirklichen und dabei bewährte Spielplatzpatenschaften oder andere private Initiativen weiterhin unterstützen.

Die sinnvollen und guten Angebote in den Jugendfreizeithäusern wollen wir erhalten, fördern und ausbauen. Mobile Spiel- und Freizeitangebote sollen auch den Kindern und Jugendlichen im Südwesten regelmäßig zur Verfügung stehen.

Die Schulwegsicherung wird uns auch weiterhin ein Kernanliegen sein; denn das Leben und die Gesundheit unserer Kinder haben höchste Priorität.

VI. Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit

Ein besonderes Anliegen war und ist uns eine Verbesserung des Brandschutzes. Durch unsere aktive Arbeit haben wir den Neubau einer Feuerwache, die Einrichtung einer zusätzlichen Rettungswache erreicht und Jugendfeuerwehr und die freiwilligen Feuerwehren in den vergangenen Jahren unterstützt.

Die Sicherheit der Menschen im Bochumer Südwesten bleibt uns auch in den nächsten 5 Jahren ein Anliegen. Hierbei darf sich die Freiwillige Feuerwehr in Linden und Dahlhausen unserer Unterstützung sicher sein.

Die bestehenden Ordnungspartnerschaften in unserem Stadtbezirk müssen unter Einbeziehung der Bochumer Beschäftigungsgesellschaft weiter ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, DLRG, Feuerwehr, DRK, Ordnungsamt und anderen Akteuren hat sich bewährt.

Wir unterstützen weiterhin die dezentrale Präsenz der Polizei in unserem Stadtbezirk. Die Bezirksbeamtinnen und Bezirksbeamten und die Streifenpolizei geben Sicherheit und sollen auch zukünftig Ansprechpartner*in für die Bürger*innen sein.

Der DLRG wird auch in den nächsten Jahren an der Ruhr eine besondere Bedeutung zukommen. Wir unterstützen das ehrenamtliche Engagement und werden verlässlicher Partner in Fragen der Wasserrettung bleiben.

Das Konzept der Bochumer Wertstoffhöfe ist beispielhaft. Das dezentrale kostenfreie Angebot ist schon aus Gründen der Verhinderung „wilder“ Müllablagerungen beizubehalten.

VII. Freizeit, Sport

Wir wissen um die überragende Bedeutung des Sports gerade für die Integration, die Inklusion und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Sport und Freizeit erhalten aufgrund ihrer Kraft auch in Zukunft unsere Unterstützung.

Wir unterstützen das lebendige Sport- und Vereinswesen in unserem Stadtbezirk unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Zu einem lebendigen Stadtbezirk gehört ein vielfältiges Freizeitangebot. Die Sanierung und Sicherung des Hallen- und Freibades in Linden (Südbad), der Fortbestand der Sportanlagen und die Entwicklung generationsübergreifender Spiel- und Freizeitflächen sind für uns wichtige Ziele, dazu gehören auch die nicht vereinsgebundenen Sportaktivitäten. Wir werden uns für dauerhaft beispielbare Fußballplätze im Bochumer Südwesten einsetzen.

Gleichzeitig wollen wir auf die gesellschaftlichen Anforderungen in unserem Stadtbezirk reagieren. Dabei denken wir sowohl an nicht vereinsgebundene als auch an Outdoor-Sportaktivitäten (Sportanlagen; Ruhrschwimmen, LDKC, ...).

Die Ruhrauen sind ein beliebter Erholungsort für Spaziergänger, Radfahrer, Angler, Kanuten und Camper. Die Bemühungen des LDKC zum Ausbau der Infrastruktur für Kanuten mit Behinderungen sind ein Beitrag zur Inklusion und verdienen unsere Unterstützung. Gleichzeitig müssen die Badebedingungen an der Ruhr verbessert werden.

VIII. Kultur

Kunst und Kultur sollen überall und für alle sichtbar und erlebbar sein. Sie erhöhen die Lebensqualität! Auch im Bochumer Südwesten sind sie sehr vielfältig.

In unserem Stadtbezirk haben wir, angefangen beim Kunstkiez in Bäreendorf mit den schönen Häuserfassaden, über den Schlosspark mit seinen Museen und den historischen Gemäuern, der Kunst im Park, dem Wasserturm mit Puppenspielmuseum, der Sternwarte mit Ausstellungen, der Musikschule, der Stadtbücherei, dem Sträter Hof, dem Bahnhof Dahlhausen, dem Krippenmuseum, dem Eisenbahnmuseum, einiges zu bieten. Die entstehende „Kulturmeile“ wollen wir unterstützen.

Dazu gibt es viele Kunstschaffende, Chöre, Menschen, die sich um das geschichtliche Erbe kümmern wie der Bergmannstisch, die Geschichtskreise und verschiedenste Vereine und private Initiativen.

Wir wollen auch in den nächsten Jahren unsere vielseitige Kultur- und Kunstszene lebendig halten und noch weiter beleben. Hierbei denken wir insbesondere an die besonderen Belastungen der Künstler*innen in der Corona-Pandemie. Wir setzen uns im Stadtbezirk dafür ein, Veranstaltungen im Kunstkiez Bäreendorf zu fördern, auszuweiten und Plattformen für Kleinkunst-, Musik- und Theateraufführungen anzubieten. Auch im öffentlichen Raum wie z.B. dem Schlosspark und im oder am Bahnhof Dahlhausen sehen wir die Bühnen im Stadtbezirk.

Die Realisierung eines Stadtbezirksarchivs hat für uns eine große Bedeutung. Dazu werden wir das Engagement der Vereine aktivieren.

Der kulturelle Austausch der unterschiedlichen Nationalitäten wird gefördert, damit wir ein friedliches, buntes, tolerantes und vor allem vielfältiges Miteinander leben können.

Traditionsveranstaltungen wie die Lindener Kirmes und das Adventkonzert des Bezirkes wollen wir mit den Akteuren erhalten und entsprechende Unterstützung liefern.

Die Angebote und Öffnungszeiten der Musikschule, der Stadtbücherei und der VHS sind nutzerfreundlich zu erweitern.

Historische Gebäude wie z.B. den Sträter Hof, den Bahnhof Dahlhausen, das Amtshaus sind stadtbildprägend, identitätsstiftend und als „kulturelles Erbe“ zu pflegen und zu erhalten, denn zur Kultur gehört eine ansprechende Architektur.

Wir setzen uns für die Schaffung von legalen Wänden für "Streetart" ein. Dies konnte bereits sehr erfolgreich an der Wasserstraße und an der Landwehr umgesetzt werden und wird weiterhin von der Koalition gefördert. Das Aufbringen unerwünschter Graffitis, die auf öffentlichen Flächen schnellstmöglich beseitigt werden sollen, wird dadurch verringert.

VII. Organisation/Finanzen

1. In der konstituierenden Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Südwest am 04.11.2020 werden der sozialdemokratische Vorschlag zur Wahl des Bezirksbürgermeisters und der Vorschlag von Bündnis90/Die Grünen für die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin gemeinsam unterstützt.
2. Die Fraktionen werden gemeinsame Anträge stellen und ihre Beratungen miteinander abstimmen. Hierfür ist eine frühzeitige wechselseitige Information und eine faire, nach innen wie nach außen gerichtete und wertschätzende Diskussionskultur unverzichtbar. Über Anregungen informieren sich die Koalitionspartner rechtzeitig gegenseitig.

3. SPD und Bündnis90/Die Grünen arbeiten so vertrauensvoll zusammen, dass in der Bezirksvertretung Entscheidungen gemeinsam getroffen werden. Falls eine Einigung nicht erreicht werden kann, kann die Abstimmung nach gemeinsamer Beratung freigegeben werden. Falls die Freigabe nicht erfolgt, werden die von der SPD oder von Bündnis90/Die Grünen gestellten Anträge abgelehnt.
4. Die bezirksbezogenen Haushaltsmittel sollen, unter Berücksichtigung der bereits beschriebenen Entwicklungen, der Gesamtaufwendungen und Gesamtauszahlungen der Stadt, sowie des Umfangs der entsprechenden Anlagen und Einrichtungen fortgeschrieben und verstetigt werden. Das gilt insbesondere für die notwendigen und unverzichtbaren Mittel zur Wegesanieierung und der Spielleitplanung. Die Mittel sollen in der Bezirksverwaltungsstelle Südwest verwaltet werden. Die Parteien setzen sich für den dauerhaften Erhalt der dezentralen Bezirksverwaltung im Südwesten ein.
5. Die Mittel für die Hochbausanierung in eigener Entscheidungsbefugnis des Bezirks sollen in einem angemessenen Verhältnis zum tatsächlichen Sanierungsbedarf erhöht werden.
6. Hinsichtlich des Anhörungsrechts der Bezirksvertretung bei Entscheidungen auf Ratsebene wird stets eine Berücksichtigung der bezirklichen Voten erwartet. Im Falle von Differenzen zwischen Rat und Bezirk ist eine Rückgabe des Vorgangs an den Bezirk vorzusehen. Auf diese Weise sollen Konsensentscheidungen und Ergebniskontrollen ermöglicht werden.
7. Die Fraktionen werden jährlich eine Klausurtagung durchführen, um Arbeitsziele in den Haushaltsjahren zu besprechen und schriftlich zu fixieren. Die Organisation erfolgt wechselseitig.

Koalitionsvereinbarung Stadtbezirk Bochum Südwest 2020 – 2025

Bochum, 3. November 2020

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
-Stadtbezirk Südwest-
Marc Gräf

Bündnis 90/Die Grünen
-Ortsverband Südwest
Jürgen Michels

Bezirksfraktion
Bochum-Südwest
Sandra Wein

Bezirksfraktion
Bochum-Südwest
Monika Engel
